

# Bericht des Vorstandes anlässlich der FDP-Mitgliederversammlung am 30.01.19

## Rede des Vorsitzenden Dr. Hartmut Lardon

Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren,

beim Blick auf die aktuelle politische Situation kann ich feststellen, dass es unserem FDP-Gemeindeverband aktuell gut geht. Unsere Mitgliederzahl liegt so hoch wie lange nicht mehr, nämlich bei 38. Wir konnten erfreulicherweise auch einige jüngere Mitglieder gewinnen. 11 weibliche Mitglieder entsprechen einem Frauenanteil von knapp 30%.

Auch die Stimmungslage der Bürgerinnen und Bürger bzgl. der FDP erscheint uns derzeit gut. Im Jahr 2018 wurden am 12. Mai wiederum Rosen zum Muttertag verteilt, und am 3. Juni fand das traditionelle FDP-Spargelessen statt.

Der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit liegt natürlich weiterhin in den Ausschuss- und Ratssitzungen unserer Ortsgemeinden und in der Verbandsgemeinde. Ich möchte erneut meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen – Jürgen Creutzmann im Ortsgemeinderat Dudenhofen und im Verbandsgemeinderat, Anelore Irschlinger im Ortsgemeinderat Hanhofen und Benjamin Voigt im Ortsgemeinderat Harthausen sowie unseren verschiedenen FDP-Ausschussmitgliedern und meinen Vorstandskollegen für ihre engagierte Tätigkeit herzlich danken.

Wir sind in Dudenhofen die Partei, die in den Rats- und Ausschusssitzungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten oft Kommentare abgibt und die meisten Anträge stellt – immer zur Unterstützung der Gemeindeverwaltung und mit Blick auf das Wohl unserer Gemeinden. Wir vertrauen dabei auf die Qualität und die Kraft unserer Argumente. Die Lautstärke unserer Anträge bzw. Kommentare bei Rats- oder Ausschusssitzungen hängt dabei natürlich vom Naturell des jeweiligen Vortragenden ab. Es gibt freilich CDU-Mitglieder, deren Vortragslautstärke wir nicht kennen, da sie sich praktisch nie zu Wort melden. Ist in den CDU-Fraktionen die hierarchische Ordnung so streng, dass dort nur Fraktionsvorsitzende Kommentare abgeben dürfen? Ich bin sicher, dass unsere Kompetenz und unser Einsatz als FDPler sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von den Kolleginnen und Kollegen der anderen Ratsfraktionen weiterhin anerkannt werden.

Es würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen, wenn ich jetzt auf alle Themen der Ausschuss- und Ratssitzungen des letzten Jahres einginge. Aber erlauben Sie mir einige übergeordnete Beobachtungen anhand ausgewählter Beispiele:

Die Verbandsgemeinderatssitzungen laufen üblicherweise in ruhigem Fahrwasser und sind meistens von Sachlichkeit geprägt. Auch FDP-Anträge werden fast immer aufgegriffen und bei Zustimmung des Rates umgesetzt. Leider

nicht immer mit höchster Geschwindigkeit und oft mit zögerlicher Berichterstattung, wie z. B. nach dem FDP-Antrag der Einführung von E-Rechnung. Die Verwaltung ist bemüht, sich zu modernisieren, aber dabei gibt es noch viel Luft nach oben.

Es ist keine Neuigkeit, dass die CDU nicht nur im Verbandsgemeinderat, sondern – abgesehen von Hanhofen – auch in den Ortsgemeinderäten seit vielen Jahren über die absolute Mehrheit verfügt. Dies hat aber dazu geführt, dass diese Partei auf Ortsgemeindeebene häufig unter dem „NIH-Syndrom“ leidet (Not invented here = nicht hier erfunden). Laut Wikipedia wird damit „abwertend die Nichtbeachtung von bereits existierendem Wissen aufgrund des Entstehungsortes“ beschrieben. Vorschläge sind also nur dann gut, wenn sie vom „Entstehungsort CDU“ eingebracht werden. Anträge anderer Parteien werden normalerweise zunächst abgelehnt, um sie dann später evtl. als eigene Vorschläge wieder aus der Schublade zu holen. So wurde z. B. der FDP-Antrag, in Dudenhofen Tempo 30 einzuführen, von der CDU in Dudenhofen anfänglich vehement abgelehnt. Er kam ja nicht von der CDU. Erst mit dem Ergebnis des Verkehrsgutachtens und unter dem Druck der Öffentlichkeit gab es eine Kehrtwendung.

Unter dem NIH-Syndrom leidet gelegentlich auch der Landesbetrieb Mobilität. Den kürzlich erfolgten Umbau am Knotenpunkt B39 / B9 (sog. „Dudenhöfer Kreuz“) mit Verlängerung der Linksabbiegespur Richtung Ludwigshafen hatten wir als FDP bereits vor 10 Jahren vorgeschlagen. Damals hieß es, der dazu erforderliche Rückbau der Verkehrsinseln sei mit Blick auf die Brückensstatik nicht ohne weiteres machbar. Erst vor dem Hintergrund der Sperrung der Salierbrücke hat der LBM vor Kurzem unseren Vorschlag einer Verlängerung der Linksabbiegespur aus der Schublade gezogen und den Rückbau der Verkehrsinseln auf einmal nicht mehr als Problem gesehen.

Ein Gesamtkonzept, wo man zukünftig in den einzelnen Ortsgemeinden die Straßenbeleuchtung verbessern sollte, um der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen, existiert bislang nicht. Wir hatten beantragt, vorab in Dudenhofen den Verbindungsweg zwischen der Straße „Am Hofgraben“ und dem Gewerbegebiet Südwest zu beleuchten. Obwohl im Doppelhaushalt 2018/2019 die benötigten Gelder eingestellt sind, wurde die Realisierung dieses Vorhabens abgelehnt, weil angeblich zu wenige Bürger/innen diesen Weg nutzen. Zitat Laura Fauß: „Die zwei, drei Fußgänger können im Zweifel auch andere Pfade nutzen“ (Zitatende) – d.h. sie müssen entweder einen großen Umweg laufen oder weniger umweltfreundlich mit dem Auto fahren. Zitat Reinhard Oelbermann: „Wir können nicht ganz Dudenhofen anstrahlen. Ich bin dafür, dass es am Tage hell, in der Nacht dunkel ist“. Mit diesen Bemerkungen hat sich die CDU endgültig auf ein Kindergartenniveau begeben. Die CDU-Aussagen wurden im Leserbrief einer Bürgerin kommentiert mit „So einen Quatsch habe ich schon lange nicht mehr gelesen“ und weiter „Mit so einer Aussage disqualifiziert man sich – vor allem, wenn man künftig das Amt der Ortsbürgermeisterin anstrebt“. Dem ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen. Den FDP-Antrag einer naturnahen Begrünung im öffentlichen Verkehrsbe-  
reich hat die CDU - zusammen mit dem Natur- und Vogelschutzverein Dudenhofen - nach langem Zögern zunächst nur an zwei Stellen umgesetzt, die

dann vor der Begrünung der restlichen Flächen zwei Jahre lang beobachtet werden sollen. Man sieht, dass ungeliebte Anträge gerne herausgezögert werden. Dazu zähle ich auch das uralte Thema „Südtangente“, bei dem die Realisierung der inzwischen vorliegenden kleineren Lösung mit deutlich mehr Energie hätte vorangetrieben werden können.

Es gibt aber auch CDU-Lieblingsthemen. Dazu zählt der Friedhof in Dudenhofen. So wurde erst kürzlich ein CDU-Antrag, auf dem Friedhof einen Memoriam-Garten anzulegen, im Ausschuss langatmig behandelt – als wenn wir keine anderen Themen hätten. Man kann den Eindruck gewinnen, dass für die CDU die Verstorbenen wichtiger sind als die lebenden Bürger/innen.

Und damit wäre ich schon beim Blick in die Zukunft. Auch in 2019 wollen wir ein FDP-Spargelessen veranstalten (am 5. Mai) und wieder Muttertagsrosen verteilen (am 11. Mai). Wir werden uns weiterhin durch eine konstruktive, kooperative Ausschuss- und Ratstätigkeit auszeichnen. Ich bin davon überzeugt, dass wir Liberale für die zukünftigen Herausforderungen in den Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinde sehr gut aufgestellt sind.

Der Wahlkampf für die Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai hat längst begonnen – bei der CDU mit der Nominierung ihrer Ortsbürgermeister-Kandidatin sogar schon im Sommer 2018. Anscheinend braucht die CDU einen derart langen Anlauf, um im Wahlkampf erfolgreich zu sein.

Ich kann an dieser Stelle bereits ankündigen, dass wir als FDP im März voraussichtlich für alle Ortsgemeinderäte und den Verbandsgemeinderat Kandidatenlisten aufstellen können - erfreulicherweise nach langer Pause auch wieder eine FDP-Kandidatenliste für den Ortsgemeinderat Römerberg. Das letzte Römerberger FDP-Ratsmitglied, Herr Karl Bresch aus Mechtersheim, ist Mitte 1994, also vor 25 Jahren, aus dem Römerberger Gemeinderat ausgeschieden.

Zum jetzigen Zeitpunkt begrüßen wir es ausdrücklich, dass unser engagiertes, junges Vorstandsmitglied Justus Rabe in seiner Funktion als Vertreter der Elterninitiative der Grundschulen und Kindergärten von Berghausen und Heiligenstein für morgen zu einem Gespräch mit dem Staatssekretär Andy Becht über Themen der Verkehrs- und Verkehrssicherheitspolitik in Römerberg eingeladen hat.

Zum Abschluss noch eine Frage an Sie alle: Was haben Angela Merkel und Peter Eberhard gemeinsam? Sie haben beide in ihren Ansprachen zum Jahreswechsel den Spruch „Alles hat seine Zeit, die irgendwann endet“ bemüht. Ich erlaube mir, diesen Spruch auf die CDU auszudehnen. Die hatte ihre Zeit der absoluten Mehrheiten, aber es ist dringend erforderlich, dass dies endet. Wir Liberale rechnen uns für die anstehenden Wahlen gute Chancen aus. Auch als kleine Partei wollen wir dazu beitragen, dass die CDU endlich ihre absolute Mehrheit verliert!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!